

BRONSKIS WOCHE

Es ist passiert: Das FR-Blog erstrahlt in neuem Glanz. Wie Sie wissen, ist das Blog die Erweiterung der gedruckten Forum-Seite der FR ins Internet. Es startete im Jahr 2005 mit einem Text über das Versagen der US-Regierung angesichts des Hurrikans Katrina und hat seitdem nicht aufgehört, die Politik in Deutschland und anderswo kritisch zu begleiten – meinungsstark dank Ihrer Zuschriften, die dort online veröffentlicht werden. Ich hoffe, dass Sie sich mit dem neuen Erscheinungsbild wohlfühlen. Es macht vieles einfacher.

Diese Woche war nicht allzu viel los. Bei schönem Wetter gehen die Menschen natürlich lieber raus, als sich vor dem Rechner zu vergnügen, und das ist auch gut so. Das FR-Blog im neuen Layout kann nun allerdings viel leichter via Handy verfolgt werden, auch draußen auf der Parkbank oder auf der Wiese des Freibades.

Aktuell haben wir eine Debatte zur Wärmewende, in der sich die User gegenseitig rechtgeben: Kontroverse gibt's nicht, man ist sich einig, dass die Wärmewende eingeleitet werden muss. Auch ist klar, wer der große Verhinderer ist: die FDP. Beim Thema Asylpolitik sieht's kritischer aus. „Putin-Versteher“ sind im Moment ziemlich still, vielleicht weil der Krieg gegen die Ukraine nicht so läuft, wie Putin sich das ausgemalt haben mag. Im Anschluss daran stellt sich natürlich die Frage, wie das europäische Machtgefüge nach diesem Krieg aussehen wird. Nicht zuletzt haben wir die Debatte über die „Letzte Generation“ bzw. die Razzia gegen diese Gruppierung, die von den meisten Zuschriften als unverhältnismäßig und dem bayrischen Wahlkampf anzulasten eingestuft wird. Man könnte einwenden: Wenn eine solche Gruppe als „terroristische Vereinigung“ eingestuft werden kann – ist Deutschland dann nicht auf dem Weg Richtung Erdoğan-Türkei? Dort ist mittlerweile praktisch jeder Mensch ein Terrorist, der oder die den Präsidenten zu kritisieren wagt.

Schauen Sie nach: frblog.de

Wir lesen uns.

Ihr Bronski

Der gute Wille allein heiligt keineswegs alle Mittel

Razzia gegen die „Letzte Generation“: „Radikale Aktion“. FR-Titel vom 25. Mai

Völlig unverhältnismäßig

Es war ungeheuerlich und für mich schockierend, als ich von den Razzien gegen die „Letzte Generation“ erfahren musste. Ich teile die Kritik von Pitt von Benburg, wonach die Gruppe Grenzen überschreitet. Insbesondere kann ich mit der Beschädigung von Kunstwerken keinerlei Zusammenhang mit den eigentlichen Zielen erkennen, nämlich auf die akute Gefährdung des Weltklimas hinzuweisen. Ich teile die Inanspruchnahme des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit und halte auch die Sitzblockaden auf Straßen für ein Mittel, die Dringlichkeit des Anliegens zu verdeutlichen, nachdem normale Kundgebungen von den Verantwortlichen, zu denen ich nicht nur die Politiker oder Hersteller von klimaschädlichen Produkten, sondern auch die Wohlstandsgesellschaft rechne, kaum mehr wahrgenommen oder zumindest nicht ernst genommen werden.

Wenn auch Farbschmierereien an Gemälden einen Straftatbestand darstellen, so halte ich es dennoch für völlig unverhältnis-

mäßig, wenn wegen dieser Delikte, durch die Personen weder getötet noch verletzt werden, bundesweite Razzien veranlasst werden. Während die Mitglieder der „Letzten Generation“ ihre Aktionen zum Erhalt der Lebensgrundlagen auch künftiger Generationen durchführen, werden weder Drogenkriminalen, Menschenhändler, Waffenschmuggler, Hersteller von SUV, Silvesterknaller, Raser und viele andere mehr nicht nur seitens der Staatsgewalt von derartigen Razzien verschont, sondern in vielen Fällen sogar eher noch unterstützt.

Letzteres trifft insbesondere auf die Scharfmacher der „C“SU wie Innenminister Herrmann und die ehemaligen Verkehrsminister Dobrindt und Scheuer zu, die mit ihrer Politik mehr schaden und geschadet haben als die Letzte Generation es mit ihren Aktionen tut. Ausgerechnet die Initiativen aus dem „C“SU geführten Bayern rufen Parallelen zur Weimarer Republik wach, als überwiegend in Bayern gegen die Linken und Demokraten härteste Strafen verhängt wurden, während Rechtsextreme bis hin zu den Nazis geschont wurden.

Peter Boettel, Göppingen

Ein bajuwarisches Schmierstück

Wieder mal wollen die krachledernen Kraftmeier aus dem Bayernland zeigen, wo es längs geht. Zwar ist es unmittelbar nicht die CSU, die die Durchsuchung von Wohnungen und Beschlagnahme von Dokumenten der „Letzten Generation“ veranlasst hat, sondern die Münchner Staatsanwaltschaft, aber die CSU-Begleitmusik ist nicht zu überhören: „Wegsperrten der Klima-Kriminellen“ (Scheuer), „Klima-RAF“ (Dobrindt).

In der Sache selbst sind drei Ebenen zu unterscheiden: Rechtsstaatlich ist es als Nötigung Dritter justiziabel, politisch ist es kontraproduktiv – die Tageszeitung mit den großen Buchstaben hat wieder für Wochen ein Thema, Moralisch-ethisch ist es schwierig, und das beruht darauf, dass die drei Ebenen doch untrennbar zusammenhängen und letztlich nur in einem zu beurteilen sind.

Juristisch ist es ob der Abwägung mit dem Demonstrationsrecht offenbar nicht eindeutig, weshalb es wohl zu einer Reihe von Verfahren kommen wird, de-

ren Finale vermutlich in Karlsruhe stattfindet. Politisch ist den Aktivisten und Aktivistinnen eindringlich zu raten, zu bedenken, in welchem eminentem Ausmaß das gesellschaftliche Bewusstsein das gesellschaftliche Sein bestimmt, in diesem Fall derart, dass an Stelle der unabdingbaren Steigerung des Bewusstseins über den Klimawandel und seine Folgen die Kriminalisierung besagter Aktionen tritt mit der Folge „ihr Bundesbürger könnt' alle so weiter machen wie bisher“.

Moralisch-ethisch aber ist gegen Max Weber zu beachten, dass es stets auf beides, auf „Gesinnungs- und Verantwortungs-ethik“, besser: Einstellungs- und Umsetzungsethik ankommt. Weder die Heiligung der Mittel durch den Zweck noch der bloße gute Wille tun es, sondern allein die optimale moralisch-ethische Kombination von Einstellung und Umsetzung.

Manfred Wetzel, Agathenburg

In fachlicher Inkompetenz

Rechte Töne aus Bayern und entsprechende Handlungsweisen (Kriminalisierung der „Letzten Generation“) haben Tradition. Bereits der Erzreaktionär Franz-Josef Strauß tat sich mit politischen Positionen hervor, die heute umstandslos Eingang in die AfD-Propaganda finden würden. Dementsprechend verwundert das rechtspopulistische Gegeifer der Söders, Scheuers und Dobrindts, deren politische Karrieren sich samt und sonders in fachlicher Inkompetenz erschöpften, nicht sonderlich. Ob die „Brandmauer“ der CDU gegenüber der AfD auch gegenüber der CSU hält, ist fraglich. In Merz steht der CDU ein Vertreter der „bürgerlichen Mitte“ vor, die in historischen Krisen zur Verteidigung ihrer Interessen bei der Wahl ihrer Kumpane nicht zimperlich war.

Uwe Zagratzki, Osnabrück



Selbstjustiz eines Verkehrsteilnehmers, der eine Blockade zu beenden versucht.

DPA

Diskussion: frblog.de/razzia

Wie ein Gradmesser für den Entwicklungsstand einer Gemeinschaft

Wahl in der Türkei: „Jubel und Enttäuschung“, FR-Politik vom 30. Mai

Keine Identifikation mit unserer Grundordnung

In der Tat ein unfairer Wahlkampf, bei dem alle Staatsmittel an die AKP flossen. Trotz der einseitigen Unterstützung hat der Herausforderer Kılıçdaroğlu, Oppositionsführer in der Türkei, noch ein beachtliches Ergebnis eingefahren. Mal schauen wie die Wähler von Kılıçdaroğlu damit umgehen werden. Was mich aber am meisten schockiert hat: dass die hier lebenden Türken mehrheitlich ihre Stimme Erdoğan gegeben haben – ein Ohrfeige für die Integration! Eine Haltung, die zeigt, wie wenig sich die hier lebenden Türken mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung identifizieren. Wer Erdoğan wählt, wählt autokratische Strukturen, die mit Unterdrückung der Menschenrechte, der

Meinungsfreiheit, der Justiz, der Pressefreiheit einhergehen und Andersdenkende von der „Bildfläche“ verschwinden lassen. Erdoğan's Politik stößt bei den hier lebenden Türken auf so große Zustimmung, dass der Ausgang der Wahl in vielen deutschen Städten ausgiebig gefeiert wurde. Für mich bedeutet das, dass hier eine große Zahl an Türken lebt, die sich nicht gut integriert hat und es wahrscheinlich auch nicht mehr werden wird.

Andrea Maria Klepper, Rüsselsheim

Wir sind allesamt Lernende

Erdoğan hat also die Mehrheit der Stimmen errungen. Auch Wahlberechtigte, die ein demokratisches Umfeld kennen, hatten entscheidenden Anteil, dass dem Autokraten eine weitere Amtszeit ermög-

licht wurde. Mögen Demokratien wie Schweden jetzt versuchen, ihm entgegenzukommen, um Probleme in der Sache zu lösen. Die Haltung gegenüber dem Wahlgewinner darf aber nicht unterwürdig sein, sondern der Wahl muss eine offensive Erklärung folgen, dass mit dem Ergebnis keine gültige Entscheidung über die Überlegenheit eines Gesellschaftssystems getroffen wurde.

Aus den demokratischen Gesellschaften heraus muss erklärt werden, dass dem Menschen der Umgang mit der Vielfalt und dem Anderssein gelingen muss, um friedlich die produktiven Entwicklungskräfte einer Gemeinschaft zu entfalten. Die Vielfalt der Menschen ist für alle überall als unabänderliche Tatsache augenfällig. Wie sie aussehen, wen sie lieben, was sie glauben, woher sie kommen, wohin sie wollen, welches

Geschlecht, welches Bild ihrer Identität sie haben, ob Kind oder Erwachsener, die Ausprägungen des Menschseins sind sehr verschieden. Wer Ausgrenzung betreibt, bezogen auf einzelne willkürlich bestimmte Merkmale, hat die letzte Konsequenz dieser menschlichen Grundkonstante nicht verstanden. Wer die Machtopion wählt zur Verfolgung und Unterdrückung von anderen, verhindert in Wahrheit die Entfaltung der eigenen inneren Freiheit. Diese Tatsachen stehen nicht zur Wahl. Sie sind kein Gegenstand von Meinungen, sondern der anthropologischen Perspektive menschlicher Entwicklung.

Der Umgang mit dem Anderssein ist ein Gradmesser für den Entwicklungsstand einer Gemeinschaft. Die Kompetenz dazu erwerben sich Staatsbürger in der Konfrontation mit dieser Herausforde-

rung. Darum hat die Erziehung in Familie und Schule entscheidende Bedeutung. Darum muss es einen durchlässigen Austausch zwischen unterschiedlichen Gemeinschaften geben. Das Ausbleiben eines offenen Diskurses über andere Wertvorstellungen, verhindert einen Kompetenzzuwachs auf allen Seiten. Aus den demokratischen Ländern sollten diese Erkenntnisse als gemeinsame Herausforderung gemeinsamer gesellschaftlicher Entwicklung selbstbewusst, aber ohne Überheblichkeit formuliert werden.

Das Abstimmungsverhalten der Menschen türkischer Herkunft bei der Präsidentenwahl zeigt: Der Prozess der gegenseitigen Akzeptanz in Wissen, Respekt und Würde ist auch bei uns nicht abgeschlossen. Wir sind in unserem Land keine Lehrmeister, sondern Lernende.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg